

# **Kommunalpolitische Forderungen des DGB-Kreisverbandes Hochtaunus**

## **Sechs-Punkte-Papier zur Kommunalwahl im Hochtaunuskreis**

- 1. Kommunale Aufträge nur an Betriebe mit Guter Arbeit!**
- 2. Der HTK und seine Kommunen brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum!**
- 3. Gute Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen!**
- 4. Im HTK und den Kommunen darf es keinen Platz für Rassismus, Antisemitismus und demokratiefeindliche Bewegungen geben!**
- 5. Der HTK braucht einen starken ÖPNV!**
- 6. Der HTK und seine Kommunen müssen sich für friedensfördernde Maßnahmen einsetzen!**

**Die Wahlen in den Kommunen sind das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft, da sie die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensumgebung ermöglichen.**

**Insofern sind Kommunalwahlen mehr als nur ein politisches Ereignis – sie sind vielmehr eine Gelegenheit für uns alle, die Zukunft unserer Städte, Gemeinden und Landkreise aktiv mitzugestalten. Vor Ort werden wichtige Entscheidungen getroffen, die direkten Einfluss auf unser tägliches Leben haben. Es geht um die Aufgaben der Daseinsvorsorge, die Entwicklung von Infrastruktur, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, soziale Dienste, bezahlbares Wohnen, öffentlichen Personennahverkehr, Umweltschutz und nicht zuletzt gute Arbeit und vielem mehr.**

**Wir, der Deutsche Gewerkschaftsbund im Hochtaunus Kreis rufen dazu auf am 15.03.2026 wählen zugehen, Rechtspopulisten aber die Stimme zu verweigern.**

### **1. Kommunale Aufträge nur an Betriebe mit guter Arbeit! Gute Arbeit für Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor!**

Die besten Betriebe vor Ort müssen die kommunalen Aufträge bekommen – nicht die billigsten. Eine kluge Vergabe öffentlicher Aufträge sorgt dafür, dass nur die Betriebe zum Zug kommen, die sich an geltende Gesetze, Tarifverträge oder Mindestlöhne halten, die ausbilden und für gute Arbeits-, Ausbildungs- und Wirtschaftsbedingungen sorgen. Das stärkt auch die regionale Wirtschaft. Die billigsten Anbieter verweigern ihren Beschäftigten meist einen fairen Lohn und gute Arbeitsbedingungen oder die Einhaltung von Umweltstandards. Zur Absicherung bestehender Kriterien braucht es ausreichend und fair bezahltes Personal. Die auf Landesebene in Vorabstimmung befindlichen Gesetzentwürfe zur Tariftreue und Vergaberichtlinien sind nach Beschlussfassung im HTK und seinen Kommunen unverzüglich umzusetzen. Sogenannte „Dauerbefristungen“ im Öffentlichen Dienst sind durch solide Arbeitsverträge zu ersetzen. Der Abbau von Leiharbeit muss Daueraufgabe bleiben. Im Bereich der Daseinsvorsorge sind öffentliche Rechtsformen stets vorzuziehen.

Privatisierungen in der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung, in Kindertagesstätten, der Schulsozialarbeit und in Jugendzentren erachten wir als ungeeignet.

Für die Gesundheitsversorgung, insbesondere in der Kranken- und Altenpflege, fordern wir die Rückkehr aller Einrichtungen in die öffentliche Hand und damit in die volle Tarifbindung. Die Corona-Pandemie hat eindrücklich die negativen Folgen der Privatisierung aufgezeigt. Wem die Wirtschaftlichkeit wichtiger ist als der Gesundheitsschutz der in der Branche Beschäftigten, muss sich nicht wundern, wenn es zu wenige Fachkräfte in der Pflege gibt. Wir fordern genug Zeit für die Versorgung von Pflegebedürftigen und Kranken. Wir fordern Arbeitsbedingungen, die nicht krankmachen, gesetzlich geregelte Personalschlüssel und eine Rückkehr aller ausgegründeten Servicegesellschaften in die Mutterbetriebe.

## **2. Der HTK und seine Kommunen brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum**

Die Wohnungsraumsituation im HTK ist weiterhin stark angespannt. Bezahlbarer Wohnraum ist nicht annähernd im nötigen Ausmaß vorhanden. Zwischen 2017 und 2026 haben sich die Mieten pro Quadratmeterpreis um rund 4€ auf einen Mittelwert von 13,40€ verteuert.

Die Auswirkungen des Mangels an bezahlbarem Wohnraum zeigen sich nicht nur im Geldbeutel der Mieter:innen, sondern erweisen sich auch als wirtschaftlicher Standortnachteil - Wenn Wohnen für Fachkräfte und Auszubildende nicht mehr bezahlbar ist, werden sich diese Menschen einen anderen Wohn- und ggf. einen anderen -Arbeitsort suchen müssen.

Die Städte müssen folglich noch stärker als wesentlicher Akteur auf dem Wohnungsmarkt in Erscheinung treten, um vor allem Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen sowie für junge Menschen zu schaffen. Wichtig wäre eine Mietpreisbremse wie diese schon teilweise in Frankfurt oder Wiesbaden gibt.

Für Neubauten müssen die Richtlinien einen Mindestanteils von 40% gefördertem Wohnraum beinhalten. Mit Betrieben sind Möglichkeiten der Schaffung von Betriebswohnungen zu erörtern, wie sie diese in den 60er und 70er Jahren gab. Beispiele wie bei der Höchst AG, die Bahn- und Postsiedlungen etc.

Mit Blick auf den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für junge Auszubildende muss der Bau eines Azubi-Wohnheims angegangen werden. Siehe hier die Aktivitäten des Main-Kinzig-Kreis oder der Stadt Frankfurt.

Um die Wohnungsknappheit, die steigenden Miet- und Immobilienpreise im Ganzen nachhaltig in den Griff zu bekommen, muss bei Grund und Boden angesetzt werden. Die Kommunen müssen die Kontrolle über Grund und Boden behalten. Nur so kann gewährleistet werden, dass Grund und Boden auf Dauer für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung genutzt werden können. Des Weiteren müssen die Kommunen im HTK gegen spekulativen Leerstand von Wohnraum vorgehen. Laut Zensus standen im Jahr 2022 rund 3873 Wohnungen leer. Fast die Hälfte davon länger als ein Jahr.

## **3. Gute Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen!**

Ein angemessener Personalschlüssel zur Arbeit mit Kindern in der Betreuung, Erziehung und Bildung (Kindertagesstätten) ist altersspezifisch umzusetzen. Der HTK muss das Land Hessen auffordern, entsprechende Richtlinien zu erlassen. Für das pädagogische Personal müssen wöchentliche Vorbereitungszeiten sichergestellt sowie Supervision und konzeptionelle Arbeit fest eingeplant werden. Wir erwarten eine zeitgemäße digitale Ausstattung für Erzieher:innen, wie z.B. Tablets und Homeoffice-Arbeitsplatzausstattung.

Bei den ab 2026 verbindlichen Ganztagsangeboten (z.B. im Rahmen des Pakts für den Ganzttag) dürfen bewährte Strukturen und wertvolle Erfahrungen der letzten Jahre im Bereich der

Nachmittagsbetreuung nicht verlorengehen, sondern müssen erhalten werden und in die weitere Entwicklung qualitativ hochwertiger Betreuung einfließen. Wichtig ist jedenfalls eine gute Ausstattung aller Ganztagsangebote, vor allem mit qualifiziertem Personal und guten Arbeitsbedingungen. Die Finanzierung der bestehenden Gesamtschulen ist weiterhin uneingeschränkt sicherzustellen.

Um gleiche Bildungschancen zu gewährleisten, bedarf es größerer Anstrengungen: Mehr Sozialarbeiter:innen, Streetworker\_innen und qualifiziertes Betreuungspersonal müssen eingestellt werden, um Benachteiligung bestmöglich zu kompensieren.

Zudem bedarf es einer deutlichen Verbesserung der personellen Ausstattung der Schulen mit Hausmeister:innen und Sekretariatskräften, um wichtige Aufgaben wie die Instandhaltung der Gebäude, die Sicherstellung der technischen Funktionsfähigkeit und damit einen reibungslosen Schulbetrieb zu gewährleisten und die Zunahme von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben zu bewältigen. Vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen an technische Kenntnisse, digitale Verwaltungsaufgaben, erhöhte Sicherheitsvorgaben und des Umgangs mit einer wachsenden Zahl von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften fordern wir eine bessere Eingruppierung dieser Beschäftigtengruppen.

In Bezug auf Privatschulen gilt es, das in Artikel 7 des Grundgesetzes festgeschriebene Sonderungsverbot einzuhalten. Demnach darf nicht nur *eine* soziale oder wirtschaftliche Schicht in solchen Schulen aufgenommen werden.

#### **4. Im HTK und seinen Kommunen darf es keinen Platz für Rassismus, Antisemitismus und demokratiefeindliche Bewegungen geben**

In HTK leben Menschen aus rund 170 Ländern. Die Gesellschaft ist insofern durch kulturelle und religiöse Vielfalt, aber auch durch ein weitgehend konfliktfreies Zusammenleben, geprägt. Viele Menschen engagieren sich gegen Diskriminierungen, wie Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit. Veranstaltungen wie z. B. in Oberursel, Bad Homburg oder Neu-Ansbach gegen Rechts sind in einer Kommune demokratiebildend und setzen sich mit Diskriminierung und menschenverachtenden Ideologien auseinander. Es gilt daher diesen Initiativen den Rücken zu stärken und weitere Bündnisse für Demokratie und Menschenwürde wie in Oberursel auf den Weg zu bringen.

#### **5. Der HTK braucht einen starken ÖPNV**

Der HTK braucht eine sozial ausgerichtete und ökologisch-nachhaltige Verkehrswende. Mit dem hohen PKW-Aufkommen geht eine extrem hohe Luftschadstoff- und Lärmbelastung in vielen Kommunen einher. Eine ökologisch-nachhaltige Verkehrswende kann sich als Gewinn an Lebensqualität für die Menschen und Umwelt erweisen. Da Arbeiten und Wohnen immer häufiger nicht am gleichen Ort stattfinden, müssen täglich zehntausende Beschäftigte zu ihrer Arbeit pendeln und verbringen zu viel Zeit ihres Lebens im Stau. Insbesondere Arbeitnehmer:innen mit Familien stellt dies in ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf vor große Herausforderungen. Ohne die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eine die Verkehrswende in der Region jedoch nicht gelingen. Es braucht bessere ÖPNV-Anbindungen der umliegenden Städte und Gemeinden in der Region sowie gute Anbindungen der Gewerbegebiete inklusive der Anpassung der ÖPNV-Taktzeiten an die Schichtsysteme der Beschäftigten.

Um den ÖPNV auch finanziell attraktiver zu machen, fordern wir die Einführung eines 365-Euro-Tickets für Alle. Junge Menschen, Auszubildende sowie Menschen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze sollten Anspruch auf eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV haben.

Wir fordern zudem, den ÖPNV im HTK zukunftsgerichtet durch nachfolgende Maßnahmen zu stärken:

- Bei der Taunusbahn sollten zukünftig die unsicheren Wasserstoffzüge durch bereits in anderen Regionen und Bundesländern zuverlässig verkehrenden Batterieelektrische Triebzüge (BEMU = „Battery-electric multiple unit“) ersetzt werden.
- Die Taunusbahn sollte – nach der für die S5 durchgeführten Elektrifizierung zwischen Friedrichsdorf und Usingen – zukünftig von dort aus durch die Reaktivierung der Solmsbachtalbahn (zwischen Brandoberndorf und Albshausen) bis nach Wetzlar und Gießen verlängert werden. Dafür liegen bereits die entsprechenden positiven Beschlüsse der beiden Kreistage des HTK und des Lahn-Dill-Kreises vor. Wir fordern deshalb die Kommunalpolitiker beider Landkreise dazu auf, entsprechend nachhaltige Forderungen zur Finanzierung an Bund und Land zu stellen.
- Nach der erwartenden Elektrifizierung der Taunusbahnstrecke zwischen Friedrichsdorf und Usingen und zudem auch der wohl von DB InfraGO vorgesehenen bisherigen RB16-Strecke zwischen Friedrichsdorf und Friedberg (Hessen) fordern wir für den dann bis Friedrichsdorf führenden Langzug der S5 eine Flügelung ab/bis Friedrichsdorf einerseits nach Usingen (mit zwei Zugteilen = Vollzug) als auch andererseits nach Friedberg bzw. auch nach Bad Nauheim (ein Zugteil = Kurzzug).
- Nach der durchgeführten Verlängerung der U2 von Bad Homburg-Gonzenheim bis zum Bahnhof HG sollte zukünftig für den Anschluss von weiteren Stadtteilen geplant werden: Anbindung vom Bf HG aus auch noch von Oberursel-Oberstedten sowie von weiteren westlich, nördlich und nordöstlich liegenden Stadtteilen von Bad Homburg (Berliner Siedlung/Gartenfeld, Dornholzhausen und Kirdorf). Dafür sollte durch die Städte Bad Homburg, Oberursel und Frankfurt am Main zusammen mit dem RMV rechtzeitig eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden.

## **6. Der HTK und seine Kommunen müssen sich für friedensfördernde Maßnahmen einsetzen.**

Mit zunehmender Atomkriegsgefahr sollte jede:r Bürgermeister:in dem „Gemeinsamen Appell der Bürgermeister für den Frieden – Mayors for Peace“ – beitreten, wie dies Bad Homburg und weltweit 8.600 Kommunen in 166 Ländern bereits getan haben.

Gedenk- und Mahntage wie den 27. Januar (Befreiung des KZs Auschwitz 1945); den 8. Mai (Befreiung vom Faschismus 1945), den 15. Mai (Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung); den 6. August und 9. August (Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945) sowie den 1.9. (Antikriegstag - Gedenken an den Beginn des 2. Weltkrieges am 1. September 1939) sollten die Kommunen im HTK mit geeigneten Maßnahmen unterstützen. Die Bevölkerung in der Region ist aufzuklären, wie der Stand der Lagerung von gefährlichen Militärgütern im Munitionslager Köppern ist und wie sich die Bevölkerung bei einem möglichen Angriff darauf schützen kann bzw. gefährdet ist.

Aus Kriegsgebieten Geflüchtete müssen in unserem Landkreis weiter willkommen sein. Gute Wohnverhältnisse, die notwendige Gesundheitsversorgung, der Zugang zu kulturellen Angeboten und das Recht zur Aufnahme von Arbeit und der Zugang zu Bildung sind wichtige Grundpfeiler für eine gelungene Integration.

Für den DGB Kreisverband Hochtaunus

Dietmar Mohr Vorsitzender